



nete finanzielle Lage gesehen. Den Antrag Czibik hält er deshalb für zweckmäßig, weil durch denselben die Ersparungen, welche durch die heuer erfolgten Beurlaubungen bezweckt wurden, auch auf anderen Gebieten der Heeresverwaltung eintreten. Er hoffe noch immer, daß die Regierung beruhigende Garantien dafür geben werde, daß sie im Sinne der Thronrede dauernde Ersparungen im Heeresbudget durchzuführen werde. Um das Gleichgewicht im Haushalte durchzuführen, müssen nicht die Einnahmen erhöht, sondern die Ausgaben vermindert werden. Dann werde er mit Freuden für eine zehnjährige Verlängerung des Wehrgesetzes stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Kowalski erklärt, die vorliegende Frage sei eine eminente Reichsfrage. Ungarn habe bereits die Vorlage unverändert angenommen. In der That handelt es sich darum, allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein, nicht bloß für heute und morgen. Die Auslagen für die Armee stehen in keinem Verhältnis zu den Gefahren, denen Oesterreich ausgesetzt wäre, wenn die Schlagfertigkeit der Armee nicht erhalten würde. Auf die Weisheit und Einsicht des Monarchen vertrauend, werde er für die Regierungsvorlage stimmen.

Abg. Wiesenburg führt aus, daß man trachten müsse, dem Staate durch Ordnung der Finanzen Macht und Ansehen zu verschaffen. Nur durch Ersparungen im Kriegsbudget werde man imstande sein, das Deficit zu beseitigen.

Fürst Alfred Liechtenstein erklärt, man dürfe an der Organisation der Armee nicht rütteln. Unsere Kriegsstärke sei kleiner, als jene der anderen Staaten. Wenn man aber am Präsenzstande rüttle, so verändere man damit die Präsenzzeit des Einzelnen und damit den Grad der Ausbildung der Armee. Als Vertreter der Reichspartei, welche die schwarz-gelbe Fahne stets hochgehalten habe, werde er für die Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Fux vertritt die Verfassungskartei, welche so viel für die Armee gethan habe, gegen den Vorwurf, ein Feind der Armee zu sein. Die Verfassungskartei schätze und verehere die Armee. Aber Oesterreich sollte endlich die Initiative mit Ersparungen im Heeresaufwande ergreifen, es könnte sich unsterblichen Ruhm dadurch erwerben. Der Czibik'sche Antrag convenire ihm (Redner) nicht; wenn er aber dennoch für denselben stimmen werde, so geschehe dies um der Einigkeit der Verfassungskartei willen. Als Argument für die zehnjährige Botierung des Wehrgesetzes werde auch der mögliche Krieg mit Rußland angeführt. In der Thronrede werde aber versichert, daß wir mit allen Staaten in freundslichem Einvernehmen sind. Redner schließt mit der Erklärung, daß er als Mitglied der Verfassungskartei, der Partei der finanziellen Ordnung, gegen das Gesetz in dieser Fassung stimmen werde. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gregor anerkennt die Schwere der Lasten, welche der Heeresaufwand uns auferlegt. Aber wir stehen vor dem allgemeinen Wehrsystem als einer Thatfache, welche die Verfassungskartei vor zehn Jahren geschaffen, und müssen nun die Konsequenzen derselben ziehen. Er könne sich den Versicherungen der Krone nicht verschließen, welche die Vorlage mit der allgemeinen Weltlage motiviert. Wenn er und seine Partei für das Gesetz stimmen, so thun sie es in der Hoffnung, daß die Regierung die materiellen Interessen des Volkes wahrnehmen werde. Er stehe nicht auf dem Standpunkte des einseitigen Nationalinteresses,

sondern auf dem Standpunkte des eminenten Reichsinteresses. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Menger führt aus, daß durch die zu große finanzielle Anspannung der Bevölkerung die Leistungsfähigkeit der Armee ungeachtet ihrer Tapferkeit im Ernstfalle gefährdet werden könnte. Das Parlament wolle sich nicht in die innere Organisation der Armee einmengen, aber Pflicht des Parlamentes ist es, die Steuerkraft des Volkes wahrzunehmen.

Abg. Kun erklärt, daß er die Ehre Oesterreichs zu hoch schätze, als daß er dieselbe Gefahren aussetzen sollte. Er müsse auch vom slavischen Standpunkte für die Regierungsvorlage stimmen. Es sei den Slaven Oesterreichs vorgeworfen worden, daß sie dem Pan-Slavismus zuneigen. Das sei im Widerspruche mit den Thatfachen; die Slaven Oesterreichs stehen an Patriotismus keiner anderen Nationalität Oesterreichs nach. Die slavischen Völker seien es, welche die größte Steuerlast tragen. So wollen Sie auch jetzt die Opfer tragen, die ihnen als nothwendig auferlegt werden. Es wäre geradezu Hochverrath, wenn man von der österreichischen Monarchie verlangen wollte, daß sie allein die Waffen niederlege. In Anbetracht, daß die Vorlage eine Forderung der Machtstellung Oesterreichs sei, werden er und seine slovenischen Stammesgenossen für die Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Als Redner für die Anträge der Majorität des Ausschusses hat sich noch Landgraf Fürstenberg; gegen diese Anträge haben sich die Abgeordneten Dr. von Plener, Dr. Ruß, Wagner, Haase, Freiherr v. Koz, Mauthner, Wünsche, Matichko und Dr. Ritter von Forster einschreiben lassen.

Die Sitzung wird sodann geschlossen. Nächste Sitzung morgen; Fortsetzung der Wehrgesetzdebatte.

### Politische Uebersicht.

Laibach, 3. Dezember.

Das ungarische Oberhaus hat gestern die zehnjährige Verlängerung des Wehrgesetzes angenommen. Im österreichischen Abgeordnetenhaus dürfte die Debatte hierüber wahrscheinlich schon in der heutigen Sitzung beendet werden.

Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck hat, wie die „National-Zeitung“ mittheilt, Veranlassung genommen, den Führern und Mitgliedern der national-liberalen Fraction des Abgeordnetenhauses seine lebhafte Befriedigung über die Behandlung der Eisenbahnfrage durch die national-liberale Fraction mittheilen zu lassen.

Der König von Dänemark hat bei dem Galabiner, das ihm zu Ehren im Berliner Schlosse veranstaltet wurde, in wenigen Worten seiner Freude über den ihm gewordenen Empfang und seinem Dank dafür Ausdruck gegeben. Er betonte, sein Aufenthalt am Berliner Hofe werde für alle Zeit zu seinen glänzendsten Erinnerungen gehören. Die intimen Besprechungen, welche Christian IX. mit Kaiser Wilhelm und dem deutschen Kronprinzen hatte, wurden in Berlin viel erörtert. Doch zweifelt man daselbst, daß ein Ausgleich mit dem Herzog von Cumberland auf Grund der braunschweigischen Erbfolge irgend welche Aussicht habe. Man faßt die Haltung Preußens zu dieser Angelegenheit in die latonischen Worte zusammen: „Geld ja, Land nein!“

In der französischen Deputiertenkammer erklärte gestern der Minister Waddington, die Regierung könne nicht ein ihr aufgedrungenes Programm

Ihnen für die Ehre, welche Sie mir erweisen, aber ich muß Ihr Anerbieten ablehnen.“

Clifford war sprachlos vor Staunen. Valerie, die Gesellschafterin, welche freund- und hilfslos in der Welt dastand, schlug seine Hand aus, die er ihr anbot, — er konnte es nicht fassen.

„Ich weiß die Ehre zu würdigen, die Sie mir schenken, Mr. Clifford,“ fuhr Valerie nach einer kurzen Pause fort, „aber ich werde nie heiraten.“

„Nie heiraten? Wie? Sie sind erst achtzehn Jahre alt und Ihre unvergleichliche Schönheit würde alle Damen des Hofes überstrahlen. Miß Bloom, haben Sie bereits geliebt?“ fragte er rasch.

Es kam ihm der Gedanke, daß kein anderer Umstand als unerwiderte Liebe Valerie zu einem solchen Entschlusse gebracht haben könnte.

Eine tiefe Röthe überzog ihr Antlitz und ihre Augen blickten verwirrt; aber schnell faßte sie sich wieder und sah ihn furchtlos an.

„Sie haben geliebt,“ fuhr Clifford fort, halb fragend, „und ein böses Geschick hat Sie von Ihrem Geliebten getrennt?“

„Sie haben recht, Mr. Clifford,“ erwiderte Valerie mit Stolz. „Ich habe geliebt und werde bis zu meinem Tode lieben; aber das Geschick trennt mich von dem Manne, den ich liebe. Ich stehe seit meiner Geburt verlassen in der Welt, und meine Zukunft wird der Vergangenheit gleichen. Aber ich bin nicht unglücklich, ich thue meine Pflicht. Sie wissen jetzt, weshalb es mir unmöglich ist, Ihre Gefühle für mich zu erwidern.“

(Fortsetzung folgt.)

eigenen Heimat, von einem treuen und guten Herzen, das Sie liebt.“

Valerie erbleichte. Das Bild Sir Arthur Rushfields trat klar vor ihre Seele und erfüllte sie mit geheimem Weh.

Clifford blickte verwundert auf das junge Mädchen. War es möglich, daß sie seine Liebe heute schon erwiderte?

„Nur wenige Tage sind es, Miß Bloom,“ fuhr er fort, „daß ich Sie kennen gelernt habe, aber die Liebe fragt nicht nach der Dauer der Bekanntschaft. Valerie, ich habe Sie geliebt von der Stunde an, in welcher ich Sie zum ersten male sah. Ich liebe Sie und lege mein Herz zu Ihren Füßen. Darf ich hoffen, meine Liebe erwidert zu sehen?“

Seine Blicke ruhten erwartungsvoll auf ihrem lieblichen Antlitz. Bevor sie jedoch die Lippen öffnete, um zu antworten, beeilte er sich, ihr zuvorzukommen, vielleicht, weil er sah, daß ihre Ueberraschung keine freudige zu sein schien.

„Ich muß Ihnen meine Verhältnisse erklären, ehe ich eine Antwort von Ihnen verlangen kann,“ sagte er. „Ich bin ein angesehener Mann, habe Zutritt zu allen Gesellschaften, zähle zu meinen Freunden hochstehende Persönlichkeiten, habe ein gutes Einkommen und kann meiner Gattin ein angenehmes und luxuriöses Leben bieten. O, ich würde imstande sein, jeden Ihrer Wünsche zu erfüllen. Nun antworten Sie mir, Valerie, wollen Sie meine Gattin werden?“

„Es schmerzt mich, das alles zu hören, Mr. Clifford,“ sagte das junge Mädchen. „Ich danke

annehmen, das Parlament müsse offen sagen, ob das Ministerium sein Vertrauen besitze oder nicht. Sei das Vertrauen unvollständig, so werde das Cabinet demissionieren.

Der rumänische Minister des Aeußern, Boeresco, hat ein informierendes Circular an die auswärtigen Vertreter Rumäniens über die von Seite einiger Mächte noch zu erlangende Unabhängigkeitsanerkennung gerichtet. — Die erste in den eben zusammengetretenen Kammern zur Discussion gelangende Vorlage wird jene über die Retrocession der rumänischen Eisenbahnen sein.

Auf der serbischen Skupschtina in Nisch kamen bei der Adressdebatte sehr stürmische Scenen vor. Infolge dessen hat der Finanzminister Jovanovic neuerdings abgedankt, Zlia Margetic wurde an dessen Stelle ernannt. Der Adressentwurf der Majorität wurde schließlich mit 113 gegen 35 Stimmen als Basis für die Generaldebatte angenommen. Derselbe enthält als Forderungen die Erweiterung der Pressfreiheit und die Finanzreform. Beide Forderungen wurden mit Einwilligung der Regierung in den Entwurf aufgenommen.

Im Laufe dieser Woche soll die zehnte Konferenz in der griechischen Frage stattfinden. Die griechischen Commissäre wollen, wenn in derselben keine Verständigung erzielt werden sollte, einen Protest niederlegen und dann Constantinopel verlassen. So wird wenigstens aus Athen versichert.

Mit Rücksicht auf die allarmierenden Nachrichten, welche seit geraumer Zeit über die Vorgänge in Gusinje verbreitet wurden, dürfte die Mittheilung des „Balk“ von Interesse sein, daß der erste Termin für die Uebergabe des genannten Districtes an Montenegro erst am 27. November abgelaufen ist, und daß die Mächte sich noch in letzter Stunde, nämlich an dem vorhergegangenen Tage, über eine Fristerstreckung geeinigt haben. Noch am 26. November wurde Mukhtar Pascha hievon verständigt. Auf den von russischer Seite angeregten Vorschlag, andere Gebiete anstatt Gusinjes an Montenegro abzutreten, wollten die Mächte schon darum nicht eingehen, weil schon dessen bloße Discussion eine Verletzung des Berliner Vertrages involvieren würde.

Aus Sofia vom 30. v. M. wird gemeldet, daß Fürst Alexander die Annahme der Adresse der bulgarischen Skupschtina verweigerte. Karavelow beantragte hierauf in geheimer Sitzung, die Adresse abzuändern, sein Antrag wurde aber von seiner Partei verworfen. Dem Bernehmen nach ist der Fürst entschlossen, den Kriegsmiñister Barenzow, trotz des auch gegen ihn gerichteten Tadelsvotums, in jeder eventuellen Ministercombination beizubehalten. Allem Anscheine nach drohen dem jungen bulgarischen Staate schwere Entwicklungen.

Zu den inneren Schwierigkeiten kommen äußere. Nach einer der „Pol. Corr.“ zukommenden Meldung aus Philippopol vom 30. v. M. sterben die von der türkischen Regierung nach Bulgarien zurückgeschickten und an der bulgarischen Grenze zurückgewiesenen muhamedanischen Flüchtlinge haufenweise auf den Straßen. Ramentlich ist die Situation in den Grenzdistricten und im Vilajet von Adrianopel eine unbeschreibliche. Die Behörde von Eski-Saghra hat um schleunige Entsendung von Hilfe ange sucht. Die Pforte hat, wie weiter aus Constantinopel gemeldet wird, ein Telegramm an den Fürsten Alexander von Bulgarien gerichtet, in welchem sie darüber Beschwerde führt, daß den nach Bulgarien zurückkehrenden muhamedanischen Flüchtlingen unter nichtigen Vorwänden der Eintritt in Bulgarien verweigert wird.

Einer der „Pol. Corr.“ aus Prisrend vom 25. v. M. zukommenden Meldung zufolge soll fünf Tage zuvor ein ottomanischer Munitionstransport, bestehend aus 23 Tragthieren, auf dem Wege zwischen Nitrovia und Novibazar beim Uebergange über die Rogazna-Planina von einer etwa 300 Mann starken Arnautenbande überfallen worden sein. Die Escorte, bestehend aus einem Officier und neun Mann, sei entwaffnet und dann nach Novibazar zurückgeschickt, die Tragthiere dagegen nebst deren Führern und der Ladung von den Arnauten weggeführt worden.

Der Generalgouverneur von Dstrumelien, Aleko Pascha, hat zu dem Erlaß vom 11. November, mit welchem die Turnvereine aufgelöst wurden, das nachstehende Ergänzungsdecret erlassen: Die Mannschaften, welche die verschiedenen Corps der Miliz und Reserve bilden und nicht unter Waffen stehen, werden zu den militärischen Manövern in folgender Weise berufen werden: 1.) vom 26. Oktober bis 1. April werden die Manöver zweimal wöchentlich und im Bereich jeder Gemeinde abgehalten werden; 2.) vom 1. April bis 20. August finden die Manöver jeden Sonntag statt; 3.) zwischen dem 20. August und dem 20. September werden in der Dauer von 14 Tagen die großen militärischen Manöver innerhalb der für diese Uebungen von der Provinzialvertretung vorgezeichneten Grenzen ausgeführt werden; 4.) die Mannschaften, welche die verschiedenen Cadres der Miliz ausfüllen, müssen sich jedesmal, wenn sie zur Theilnahme an diesen großen militärischen Manövern einberufen werden, mit ihren eigenen Waffen dazu einfinden; 5.) diese militärischen Manöver werden unter der Ueberwachung